

Die Kunst des Unmöglichen

Zivilgesellschaftliche Organisationen und die Grenzen demokratischen Wandels

Daniel Hausknost

Die bisherigen Bemühungen der zivilgesellschaftlichen Umweltbewegung, den Industriekapitalismus radikal zu reformieren, müssen als gescheitert betrachtet werden. Die ökologische Modernisierung der Industrienationen brachte zwar eine höhere Lebensqualität in den reichen Ländern des Planeten, aber keine Trendumkehr bei den globalen ökologischen Indikatoren. Dieser Essay versucht, Ursachenforschung zu betreiben, indem er ein neuartiges Erklärungsmodell für die Grundarchitektur liberal-demokratischer Gesellschaftsformen anbietet. Das Modell erklärt die Wandlungsresistenz des Staates und das daraus erwachsende Dilemma für die Zivilgesellschaft. Eine radikale Neuausrichtung zivilgesellschaftlicher Umweltpolitik wird gefordert.

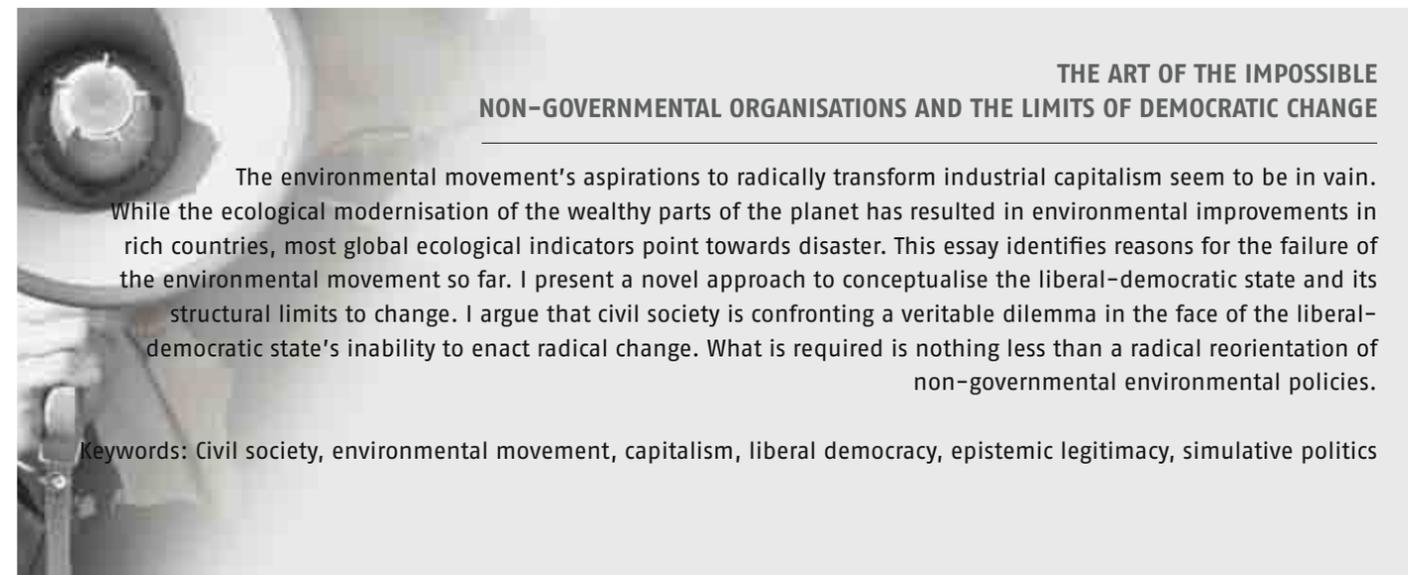
Schlüsselwörter: Zivilgesellschaft, Umweltbewegung, Kapitalismus, liberale Demokratie, epistemische Legitimität, simulative Politik

In Zeiten gigantischer Ölkatastrophen, rasanter Urwaldabholzung und fruchtloser Klimakonferenzen kann es kein Fehler sein, sich einige Gedanken zur Rolle jener zivilgesellschaftlichen Kräfte zu machen, die als „Umweltbewegung“ den Diskurs über die Zerstörung des Planeten durch den Industriekapitalismus zunächst ins Rollen gebracht und seither wesentlich geprägt haben. Wie ist die Arbeit der zahlreichen Umweltschutzorganisationen knapp fünfzig Jahre nach Rachel Carsons *Silent Spring* (1962) und 38 Jahre nach Dennis Meadows' *Grenzen des Wachstums* (1972) zu bewerten? Haben *Greenpeace*, *Friends of the Earth* und all die Tausenden kleineren Gruppen und Organisationen weltweit versagt in ihrem Bestreben, den Wandel zu einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft einzuleiten, oder wäre ohne ihr Wirken der ökologische Kollaps bereits eingetreten? Die simple Antwort „weder, noch“ liegt zwar nahe, ist aber nicht sehr aufschlussreich. Die Frage muss also nachgeschärft werden: Wie kann die Rolle der Zivilgesellschaft im politischen Umweltschutz innerhalb der strukturellen Gegebenheiten moderner Demokratien begrifflich gefasst und historisch bewertet werden? Wo liegen die Grenzen zivilgesellschaftlichen Handelns und in welcher Relation stehen diese zum modernen Staat und seinen Sachzwängen? Und schließlich: Wie könnte die Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Kräfte erweitert und erneuert werden?

Ich werde in diesem Essay zunächst eine historische Deutung der sich wandelnden Rolle der Umweltbewegung

versuchen. Im zweiten Teil skizziere ich eine Theorie liberaler Demokratie, mit deren Hilfe die Wandlungsresistenz des liberal-demokratischen Staates sowie die Handlungsbarrieren der Zivilgesellschaft erklärt werden können. Als Synthese beider Stränge ergibt sich ein alarmierender Ausblick auf die begrenzte Wandlungs- und Handlungsfähigkeit liberal-demokratischer Gesellschaften in Zeiten ökologischer Krisen. Ich werde mit einer Empfehlung an die Akteure der Zivilgesellschaft schließen, die radikal erscheinen mag, aber letztlich dem Ernst der Lage entspricht.

Die Umweltbewegung als Botschafterin des Realen: die Phänomenologie des Scheiterns der Moderne. Mit der Veröffentlichung des Buches „*Silent Spring*“ der US-amerikanischen Meeresbiologin Rachel Carson (1962) setzte eine Diskursformation ein, die zum prägenden Merkmal der damals aufkeimenden Umweltbewegung werden sollte. Carson beschrieb in ihrem Buch anschaulich die katastrophale systemische Wirkung, welche die Anwendung von Pestiziden wie DDT auf die globale Artenvielfalt hatte. Ihre Prognose war eine Zeit, in der der Frühling stumm, also ohne den Gesang von Vögeln, bleiben würde. Bemerkenswert an diesem Buch ist aus heutiger Sicht weniger sein Inhalt als die Methodik, mit der in ihm eine tief greifende Kritik an der modernen Industriegesellschaft vorgetragen wird. Diese Methodik kann als eine Phänomenologie des Scheiterns der Industriemoderne beschrieben werden, und sie besteht im Sichtbarmachen der unsichtbaren Effekte moderner Industrieproduktion (vgl. Hausknost 2005). Ziel dieser Strategie ist weniger ein wissenschaftlicher Diskurs über Ökologie oder eine isolierte Betrachtung einzelner Umweltprobleme, sondern der Aufweis einer radikalen und unhaltbaren Inkohärenz zwischen der symbolischen Selbstbeschreibung unserer Gesellschaft und ihrer verdrängten (und für viele unsichtbaren) Wirklichkeit. Diese diskursive Strategie, welche die Umweltbewegung erst zu einer wahrhaft politischen und emanzipatorischen Bewegung machte, sollte bis in die frühen Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts das zentrale Merkmal des *politischen* Umweltschutzes bleiben. In den Siebziger- und Achtzigerjahren wurden die westlichen Mittelschichten durch Bilder und Berichte von großflächig zerstörten Regenwäldern wachgerüttelt – die „dunkle“ Seite ihrer Einbauschränke und Gartenstühle. Das Ozonloch bedeutete die Entdeckung der zerstörerischen Kraft des trivialen Alltagskonsums, vom Haarspray bis zu Kühlschränken. Asbest war ein unsichtbarer Killer in unseren Gebäuden. Die Thunfischdose wurde zum Symbol für den unsichtbaren Tod des Delphins. Die Wälder starben an unsichtbaren, im Regen gelösten Schwefelverbindungen (die von Friends of the Earth in



THE ART OF THE IMPOSSIBLE NON-GOVERNMENTAL ORGANISATIONS AND THE LIMITS OF DEMOCRATIC CHANGE

The environmental movement's aspirations to radically transform industrial capitalism seem to be in vain. While the ecological modernisation of the wealthy parts of the planet has resulted in environmental improvements in rich countries, most global ecological indicators point towards disaster. This essay identifies reasons for the failure of the environmental movement so far. I present a novel approach to conceptualise the liberal-democratic state and its structural limits to change. I argue that civil society is confronting a veritable dilemma in the face of the liberal-democratic state's inability to enact radical change. What is required is nothing less than a radical reorientation of non-governmental environmental policies.

Keywords: Civil society, environmental movement, capitalism, liberal democracy, epistemic legitimacy, simulative politics

England durch Lackmusplakate sichtbar gemacht wurden). Vom Menschen freigesetzte unsichtbare Gase wie Kohlendioxid und Methan, schließlich, könnten das Ende der Welt, wie wir sie kennen, bedeuten.

Man kann die politische Mission der Umweltbewegung in ihrer ersten historischen Phase mit den Begriffen des französischen Psychoanalytikers Jacques Lacan (2006/1966) treffend umreißen: Die Wirklichkeit der westlichen Wohlstandsgesellschaft und ihr Sinngefüge (Fortschritt, Wohlstand, individuelle Entfaltung durch Konsum) war das, was Lacan das *Symbolische* nannte: ein dichtes Netz an Bedeutungen, das unsere Welt ausmacht. Die Aufgabe der Umweltbewegung war es nun, jenen verdrängten Exzess, die traumatischen Fakten, die aus dem Symbolischen ausgeschlossen werden, der Gesellschaft ins Gesicht zu schleudern: Diese Dimension ist bei Lacan jene des *Realen*. Die Umweltbewegung war also so etwas wie die Botschafterin des Realen, und sie solidarisierte sich mit jenem traumatischen Kern unserer Gesellschaftswirklichkeit, auf dessen Schultern das Sinngebäude der Industriemoderne errichtet ist. Die *politische* Botschaft der Umweltbewegung war also nicht die der Ökologie an sich, sondern der phänomenologische Nachweis, dass unsere Gesellschaft auf eine sehr buchstäbliche Weise verrückt ist, dass sie in einer Art Psychose lebt, welche die eigentliche Realität ihres Tuns konsequent verdrängt. Die Umweltbewegung wollte das symbolische Gewebe des Westens zerreißen und den Menschen sagen: Seht her, das ist es, was ihr in *Wirklichkeit* macht, wenn ihr konsumiert und produziert!

Das grundlegende strategische Problem dieser „phänomenologischen“ und *puren* Phase der politischen Ökologie war, dass ihr keine anderen Werkzeuge zur Verfügung standen als die des „Sichtbarmachens des Unsichtbaren“ durch Nutzung moderner Medienkommunikation und politischen Aktivismus. Schauplatz war eine an sich machtlose „Öffentlichkeit“ (Habermas 1990/1962), welche zwar relativ empfänglich für die Botschaften der Umweltbewegung, aber zugleich weder in der Lage noch willens war, diese Impulse in radikalen gesellschaftlichen Wandel umzusetzen. Sehr bald schon zeigte sich, dass die politische Botschaft alleine nicht ausreichte: Die einzige Möglichkeit für die Umweltbewegung, politischen und gesellschaftlichen Einfluss zu erlangen, lag darin, sich selbst aktiv an der Lösung konkreter Umweltprobleme zu beteiligen. Sie gab damit die Position des „Außen“, der unschuldigen Prophetin, auf und involvierte sich in die „Reparatur“ jenes Gesellschaftssystems, dessen Scheitern unabwendbar schien, in der Hoffnung, dieses in ein „ökologisch nachhaltiges“ transformieren zu können. Aus reinen Aktivisten wurden Experten und Expertinnen für Abfallwirtschaft, Elektrizitätswirtschaft, Landwirtschaft, Industrieanlagentechnik, Verkehrsplanung, Forstwirtschaft ... Anstelle einer *horizontalen* Bewegung des Zerreißen der symbolischen Oberfläche ging die Bewegung nun in die *Tiefe* der wissenschaftlichen Fakten und verschwand zum Teil selbst im für die Öffentlichkeit unsichtbaren Raum der Technokratie. Diese Transformation war Anfang der Neunzigerjahre größtenteils abgeschlossen.

Kapitalismus, diesmal richtig: der Erfolgslauf der ökologischen Modernisierung. Das aus dieser Verschiebung resultierende Paradigma war jenes der „ökologischen Modernisierung“ (vgl. Mol 1999 2000), welches auf der Überzeugung fußt, dass „ökologische und ökonomische Ziele im Rahmen der Industriemoderne vereinbar sind“ (Baker 2007, S. 299)¹. Sein zentraler Grundsatz lautet, dass durch technologische Innovation eine „win-win“-Situation erreicht werden kann, in der die Umweltprobleme reduziert und die Chancen auf weiteres Wirtschaftswachstum maximiert werden können. Die Suche nach einer radikal anderen Gesellschaftsformation tritt damit in den Hintergrund und bildet

REPARATUR-MASSNAHMEN

Die einzige Möglichkeit für die Umweltbewegung, politischen und gesellschaftlichen Einfluss zu erlangen, lag darin, sich selbst aktiv an der Lösung konkreter Umweltprobleme zu beteiligen

nunmehr lediglich die symbolisch-metaphorische Kulisse, vor der die zahlreichen Akteure der Umweltbewegung nun teilweise sehr erfolgreich und vehement die ökologische Zähmung des Kapitalismus betreiben. Die Vision einer „nachhaltigen Entwicklung“ wird zur Erlösungsformel, unter die jede kleine Effizienzsteigerung kapitalistischer Ressourcenverwertung und jede neue Emissionsreduktion verbucht wird. Unter dem Paradigma der ökologischen Modernisierung erlangte die Umweltbewegung ihre bis heute vorherrschende Gestalt: Es entstanden starke, international vernetzte Umweltverbände, die als „Interessenvertretungen“ vom modernen Verwaltungsstaat zumindest implizit anerkannt und mithin in Entscheidungs- und Gesetzgebungsverfahren eingebunden werden. Das Rückgrat dieser Verbände bildet ihr Expertenwissen. Ihre Arme und Beine jedoch bilden moderne Medienkampagnen und das unerlässliche Lobbying in den Bürokratien auf nationaler (Staat), transnationaler (EU) und internationaler (UN) Ebene. Umweltorganisationen erlangten einen beachtlichen Nutzen für den liberal-demokratischen Staat, indem sie ihm zum Spiegel, zum „Blick von außen“ gereichten. Zudem nützen sie dem Staat, indem sie seine eigenen Bemühungen zur ökologischen Modernisierung gegenüber der Privatwirtschaft legitimieren. So entstand eine Ko-Abhängigkeit (oder Symbiose), die den Umweltorganisationen zu stabilem institutionellem Wachstum und dem Staat zu effektiverem Verwaltungshandeln verhilft (siehe Saward 1992).

Tatsächlich sollten die Erfolge der ökologischen Modernisierung des wohlhabenden Nordens nicht unterschätzt werden: Seit den Achtzigerjahren konnte das Problem des Sauren Regens durch einfache technologische Lösungen minimiert werden; konnte die Wasserqualität der meisten Flüsse Europas auf ein beachtlich hohes Niveau angehoben werden; wurde die Luftqualität durch die Einführung von Katalysatoren und das Verbot von Bleizusätzen im Benzin erheblich verbessert und wurden die gefährlichsten Chemikalien und Pestizide schrittweise aus der Umwelt verbannt. Umweltverbände haben sich in Brüssel in Dachorganisationen wie dem *European Environmental Bureau* (EEB) zusammenschlossen und begleiten kritisch und wachsam die Gesetzgebungsverfahren in Parlament, Rat und Kommission. Auf diese Weise konnten in jüngerer Zeit beachtliche Erfolge gegen den Widerstand mächtiger Industrielobbys erzielt werden, wie etwa die Durchsetzung der weltweit strengsten Regeln zur Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln (EU-Verordnungen 1829/2003 und 1830/2003). Die Lebensqualität der wohlhabenden Gesellschaften des Nordens wurde durch die detailreiche Arbeit der ökologischen Modernisierer gewiss erheblich verbessert und zugleich der unmittelbare Druck, das Gesellschaftssystem als solches zu überdenken, reduziert. Man könnte die Geschichte der Umweltbewegung der nördlichen Hemisphäre daher mit einigem Recht als Beispiel erfolgreicher zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation, ja als Beispiel einer funktionierenden partizipativen Demokratie präsentieren. Ohne die Leistungen der Umweltbewegung (der ich in verschiedenen beruflichen Funktionen selbst seit mehr als fünfzehn Jahren angehöre) schmälern zu wollen, legt ein nüchterner Blick auf die Lage des Planeten im 21. Jahrhundert jedoch ein differenzierteres Urteil nahe.

In dem Blog zu seinem jüngsten Buch „Requiem for a Species: Why We Resist the Truth about Climate Change“ beschreibt der australische Philosoph Clive Hamilton (2010) das Dilemma unserer Zeit in drastischen Worten: „Die Bedingungen für das Leben auf der Erde werden sich vollständig wandeln, Ökosysteme werden umgewälzt, die Menschen werden sich in die Polarregionen zurückziehen und jene, die dort schon leben, werden den Zustrom von Migranten bekämpfen. All dies wird innerhalb der Lebensspanne heutiger Kinder geschehen. Dennoch verhalten sich alle – selbst jene, die über die Klimaerwärmung besorgt sind –, als würde die Zukunft eine schrittweise Verbesserung der Gegenwart bedeuten.“²

ERLÖSUNG AUF RATEN

Die Vision einer „nachhaltigen Entwicklung“ wird zur Erlösungsformel, unter die jede kleine Effizienzsteigerung kapitalistischer Ressourcenverwertung und jede neue Emissionsreduktion verbucht wird

IM DICKICHT DES SYSTEMS

Systemkritik wird häufig als Zeitverschwendung abgetan und aus der öffentlichen Kommunikation verbannt. Umweltschutz bedeutet täglicher Kampf am Boden der Tatsachen

Sollte Hamilton mit seiner Einschätzung Recht behalten (und ich sehe wenig Hoffnung, dass er irrt), so bedeutet das nichts Geringeres als ein umfassendes Scheitern der ökologischen Modernisierung. Die wichtigsten globalen ökologischen Indikatoren weisen heute steiler nach unten denn je, und die Menschheit steht vermutlich näher am Abgrund als zu Beginn der ökologischen Modernisierung (vgl. Hausknost 2008). Ironischerweise sind es heute vor allem Intellektuelle und Akademiker wie Hamilton, welche die ursprünglich *politische* Botschaft der Ökologiebewegung transportieren: dass sich die Wirklichkeit unseres Gesellschaftssystems radikal von seiner symbolischen Ordnung (Fortschritt, Wohlstand, Selbstverwirklichung durch Konsum) unterscheidet und nur ein radikaler Bruch mit letzterer die Möglichkeit tief greifender Veränderung bietet. Die Umweltorganisationen sind dagegen zu den Realisten von heute mutiert: Systemkritik wird häufig als Zeitverschwendung abgetan und aus der öffentlichen Kommunikation verbannt. Umweltschutz bedeutet täglicher Kampf am Boden der Tatsachen und somit im Dickicht eines Systems, das selbst längst den Bezug zu den Tatsachen verloren hat.

Man kann aus all dem mit einigem Recht die Kritik ableiten, dass sich die Umweltbewegung in den Dienst des Industriekapitalismus gestellt hat und so seine Lebensdauer lediglich verlängern hilft. Dieser Befund wurde bereits früh sowohl von marxistischer als auch von systemtheoretischer Seite vorgebracht (Enzensberger 1974, Luhmann 1996, 2004/1986). Beide verfehlen jedoch meines Erachtens ihr Ziel: Während Enzensberger den ursprünglichen politischen Auftrag der Umweltbewegung illegitim mit bourgeoisen Interessen verknüpft, errichtet Luhmanns Systemtheorie mit ihren binär codierten Subsystemen ein Scheinproblem, welches auf der Reduktion der Realität auf Kommunikation beruht. Es ist daher an der Zeit, erneut die Frage zu stellen, welche strukturellen Merkmale und Mechanismen einem radikalen Wandel liberaler (das heißt, markt-zentrierter, repräsentativer) Demokratien entgegenstehen. Erst wenn wir die *Grenzen des Wandels* erkennen, die modernen Demokratien inhärent sind, können wir eine Prognose darüber erstellen, wie künftige politische Ökologie aussehen *kann* und daraus eine Empfehlung ableiten, wie sie aussehen *sollte*. Dazu müssen wir uns zunächst in die unwegsamen Gefilde politischer Theorie begeben.

Epistemische Legitimität – die Überlebensstrategie des liberalen Staates. Die Legitimität eines politischen Systems wird traditionell als eine *normative* Größe aufgefasst, das heißt, als Funktion moralischer Begrifflichkeiten wie Rechtmäßigkeit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Souveränität. Die politische Theorie der Moderne kreist unablässig um diese Begriffe, im Bestreben, einen stabilen Ausgleich zwischen ihnen zu erzielen. Ich behaupte jedoch, dass sich die Legitimität der liberalen Demokratie (das heißt, ihre stabile Akzeptanz in der Gesellschaft als *adäquates* politisches System – siehe Lipset 1984, S. 88) nicht durch normative Argumente alleine erklären lässt. Der normative Diskurs der Moderne bildet eine narrative, symbolische Folie, die für die Stabilität liberaler Demokratie zwar notwendig, aber nicht hinreichend ist. Es muss noch eine andere, grundlegendere Ebene der Legitimität geben, die dem normativen Diskurs gewissermaßen als Bühne und Gerüst dient. Ich werde diese fundamentale Dimension moderner Legitimität in der Folge als „epistemische Legitimität“ einführen.

Die Unzulänglichkeit normativer Legitimität als Erklärungsmodus für liberal-demokratische Stabilität liegt in der Tatsache begründet, dass bereits jener Grundwert der Moderne, der die Logik ihres normativen Universums determiniert, die *Souveränität des Volkes*, von einem unauflösbaren Paradox heimgesucht wird. Noch im Mittelalter war die Souveränität des Herrschers durch den alle Wirklichkeit durchdringenden Willen Gottes vor dem Volk

legitimiert. Mit dem graduellen Zerfall dieser christlichen Ontologie fiel Gott als Quelle der Wirklichkeit aus und das Volk und seine Herrscher mussten eine neue Basis politischer Ordnung finden. Die einzig mögliche Lösung bestand in der modernen Formel, dass jede politische Ordnung durch den Willen des Volkes sanktioniert werden muss (am radikalsten ist dies in Rousseaus *Contrat Social* dargelegt, doch auch liberale Vertragstheoretiker wie John Locke konnten sich dem logischen Diktat der Volkssouveränität nicht entziehen). Doch dieses moderne Axiom der Volkssouveränität ist in sich paradox, denn während das Volk der moralische Souverän ist, übt sein Staat notwendigerweise die Funktion des Exekutors der Souveränität aus. Das Volk *als* Souverän existiert somit nur *in der Form* des Staates und ist dadurch nie mit sich selbst identisch, sondern konstitutiv gespalten. Dies bewirkt eine strukturelle Opposition zwischen dem Volk und seinen Repräsentanten im Ringen um *tatsächliche* Souveränität. Diese Uneinholbarkeit des reinen Souveränitätsbegriffs, welche von Paul Ricoeur (1984) als das „Paradox der Politik“ gekennzeichnet wurde, trat in all seiner destruktiven Kraft als Erstes im Terror der Französischen Revolution zutage, der die unüberwindbare Spaltung zwischen dem Volk und seinen Repräsentanten demonstrierte.

Die klassische Antwort liberaler Theoretiker von John Stuart Mill über (den späteren) Jürgen Habermas bis John Rawls auf die Instabilität purer Demokratie lautet, dass eine stabile, legitime Ordnung nur auf Basis einer Verfassung erzielbar ist, die die Freiheit des Einzelnen unantastbar macht und den Willen des Volkes unter das Diktat einer öffentlichen Vernunft (die Verfassung) stellt. Doch damit sind wir inmitten der jahrhundertalten Kontroverse moderner normativer Legitimität, die auf der Ebene moralischer Argumente unentscheidbar und unauflösbar bleibt: Was wiegt schwerer, der Wille des Volkes oder die Freiheit des Einzelnen? Der *faktische* Sieg des liberalen Modells kann nicht *innerhalb* des normativen Diskurses erklärt werden: Es schränkt das Prinzip der Souveränität zu sehr ein, um moralisch konsensfähig zu sein. Seine stabilisierende Wirkung auf die moderne Gesellschaft muss einen anderen, nicht-normativen Grund haben.

Jene Kategorie, die das Rätsel zu lösen vermag, ist die der *Wirklichkeit* und ihrer Wahrnehmung. Das Paradox moderner Politik tritt nämlich nur dann offen zutage, wenn der Staat als die Quelle der Wirklichkeit wahrgenommen wird, das heißt, wenn die Fakten gesellschaftlicher Realität *als Produkt staatlichen Handelns* erachtet werden. Der faktische Souverän, der Staat, muss jenen Anteil der Wirklichkeit, für den er verantwortlich erscheint, aktiv vor dem moralischen Souverän, dem Volk, legitimieren. Je größer dieser Anteil ist, desto schwieriger die Aufgabe und desto prekärer wird der Status des faktischen Souveräns. Die Genialität des liberal-demokratischen Modells liegt nun in der Fähigkeit des liberalen Staates, jenen Anteil der Gesellschaftswirklichkeit, der aktiver Legitimierung bedarf, auf ein Minimum zu reduzieren. Und dies vermag er, indem er den kapitalistischen Markt als eigentliche Quelle der Gesellschaftswirklichkeit instituiert. Der Schlüssel zu dieser Fähigkeit liegt in der von Friedrich Hayek (1993, 2003) beschriebenen *Opazität* des Marktes, das heißt, seiner Eigenschaft, Kausalbeziehungen zwischen den Akteuren durch die Anonymität des Preissystems zu tilgen. Die vom Markt generierten Fakten erscheinen als „objektiv“ und dadurch unabhängig vom Willen Einzelner. Sie bilden daher in ihrer Gesamtheit eine Wirklichkeit aus, die jener der gottgegebenen Wirklichkeit des Mittelalters strukturell gleicht: Die gemeinsame Referenzmatrix der Gesellschaft erscheint als unabhängig vom Willen einzelner menschlicher Akteure (siehe insb. Hayek 1993).

Die vom Markt generierte Gesellschaftswirklichkeit muss daher nicht *direkt* vom Staat legitimiert werden. Die strukturelle Opposition zwischen moralischem (Volk) und faktischem Souverän (Staat) wird suspendiert, da Letzterer nicht mehr als die Quelle der Wirklichkeit erscheint, sondern nunmehr die Funktion des *Verwalters*³ einer unabhängigen

GOTTGEBEBENE MARKT-
WIRTSCHAFT

Der faktische Souverän, der Staat, muss jenen Anteil der Wirklichkeit, für den er verantwortlich erscheint, aktiv vor dem moralischen Souverän, dem Volk, legitimieren. Je größer dieser Anteil ist, desto schwieriger die Aufgabe

VERWALTUNG STATT
GESTALTUNG

Die periodisch ausgetauschten Repräsentanten des Volkes haben nicht die Macht, dem Volk eine Wirklichkeit vorzugeben, sondern sind lediglich dazu bestimmt, eine extern vorgegebene Wirklichkeit professionell zu verwalten

Wirklichkeit übernimmt. Damit ist die vormoderne Harmonie wiederhergestellt, mit dem entscheidenden Unterschied, dass die eiserne Hierarchie zwischen Herrscher und Volk erfolgreich durch eine horizontale Beziehung ersetzt werden konnte, in welcher der Staat lediglich als Repräsentant des Volkes die Aufgabe der Verwaltung der gemeinsamen Wirklichkeit übernehmen kann. Nur so kann Claude Leforts (1988, S. 17) berühmtes Diktum, dass der Ort der Macht in der modernen Demokratie eine Leerstelle ist, wahr werden. Nur unter Vorgabe einer Wirklichkeit, die der Beziehung zwischen Staat und Volk äußerlich ist, kann der Versuch der Repräsentation gelingen: Repräsentative Demokratie zeichnet sich gerade dadurch aus, dass die periodisch ausgetauschten Repräsentanten des Volkes nicht die Macht haben, dem Volk eine Wirklichkeit vorzugeben, sondern lediglich dazu bestimmt sind, eine extern vorgegebene Wirklichkeit sorgfältig und professionell zu verwalten. Politischer Konflikt reduziert sich dadurch auf die Frage des *Wie*, da die fundamentale Frage des *Was* ausgeklammert bleibt. „Wie sollen wir auf die Wirklichkeit (Wirtschaftsdaten, Staatshaushalt, Wachstumschancen, Umweltprobleme etc.) reagieren?“ ersetzt die ursprüngliche und weitaus dramatischere Frage der Moderne: „Welche Wirklichkeit sollen wir errichten?“

Die Legitimität des liberal-demokratischen Staates erklärt sich also aus seiner einzigartigen Position innerhalb der Gesellschaftswirklichkeit: Da er nicht als ihr Schöpfer wahrgenommen wird, sondern sich lediglich als ihr Verwalter präsentiert, wird seine Position vom moralischen Souverän anerkannt und ist seine Existenz gesichert. Zwischen Staat und Volk entsteht ein Band, das weitaus stärker ist als jede normative Formel, als jede moralische Narration: Beide bewohnen dieselbe Seite der Wirklichkeit (nämlich als deren Empfänger und nicht Schöpfer) und sind geeint im Bemühen, diese bestmöglich zu gestalten. Ich nenne dies das „epistemische Band“ zwischen Staat und Volk. Dieses Band ist die Lebensversicherung des liberal-demokratischen Staates und sein höchstes Gut. Sobald es reißt, tritt das der Moderne inhärente politische Paradox offen zutage und erschüttert die politische Ordnung.

Die Grenzen des Wandels und das Dilemma ökologischer Politik. Aus dieser Theorie liberal-demokratischer Legitimität leitet sich eine folgenschwere Analyse der Möglichkeiten und Grenzen radikaler Veränderung innerhalb liberaler Demokratien ab. Wenn das primäre Interesse des liberalen Staates darin besteht, das epistemische Band zu erhalten, das seine Existenz sichert, dann muss er notgedrungen von allen Handlungen und Hoheitsakten ablassen, welche sichtbar in das Gefüge der Gesellschaftswirklichkeit eingreifen würden. Sein Verwaltungshandeln gleicht einer Gratwanderung zwischen effektivem Verwalten einer als gegeben wahrgenommenen Wirklichkeit einerseits und deren aktiver Veränderung andererseits. Die Maxime seines Handelns muss sein, dass die Myriaden individueller wirtschaftlicher und sozialer Fakten nicht direkt mit ihm in Verbindung gebracht, sondern durch seine Steuerungsmaßnahmen höchstens indirekt beeinflusst werden. Man spricht daher gerne von „Steuerungseffekten“ insbesondere fiskalischer Politik, da diese in die Wirklichkeit lenkend eingreifen, ohne individuelle Fakten transparent mit staatlichen Entscheidungen zu verbinden. Unzählige Aufstände und Umstürze der Geschichte waren Folge gestiegener Lebensmittelpreise oder verschlechterter Lebensbedingungen, die direkt mit Entscheidungen der Herrscher in Verbindung gebracht werden konnten. Solange jedoch der Markt für derartige Krisen verantwortlich ist, kann sich der Staat mit dem Volk symbolisch solidarisieren und Gegenmaßnahmen versprechen – das epistemische Band bleibt intakt, denn die Wirklichkeitsquelle bleibt *externalisiert*. Wäre die Ölpreis-Hausse des Jahres 2008 direkt auf staatliche Entscheidungen zurückführbar gewesen, hätte das keine derart beschuldigte Regierung überlebt. Dasselbe gilt für die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise, denn die so genannte „Globalisierung“ der Weltwirtschaft spielt der epistemischen Legitimität

STAATLICHE AKTEURE

Solange sie nicht gezwungen sind, direkte Verantwortung für die Wirklichkeit zu übernehmen, lassen sie instinktiv die Finger davon

moderner Staaten in die Hände: Je komplexer und überregionaler der Entstehungszusammenhang wirtschaftlicher Realitäten ist, desto weniger können diese Realitäten direktem staatlichem Handeln zugeschrieben werden. Eine aufmerksame Analyse von Politikerreden offenbart allorten, dass diese nicht müde werden, die Wirklichkeit als etwas darzustellen, das „da draußen“ entsteht und worauf wir „hier bei uns“ mit den wenigen uns zur Verfügung stehenden Mitteln rechtsstaatlicher Steuerungspolitik reagieren müssen. Staatliche Akteure sind nicht nur dem Rechtsstaat verpflichtet, sondern implizit auch dem Imperativ der externen Wirklichkeitsproduktion. Würde eine Regierung aus ökologischen und „weltanschaulichen“ Gründen etwa beschließen, nur noch ökologischen Landbau auf ihrem Staatsgebiet zuzulassen, so müsste sie alle Konsequenzen auf der Ebene sozialer und wirtschaftlicher Fakten direkt rechtfertigen: empfindliche Preisanstiege bei vielen Lebensmitteln, in der Folge sinkende Kaufkraft in anderen Sektoren und damit mögliche Wachstumsverluste in der Gesamtwirtschaft. Sie müsste diese neuen Fakten moralisch und ontologisch rechtfertigen, indem sie darlegen müsste, warum diese neue Sachlage für die Gesellschaft besser ist als eine vom Markt gesteuerte Entwicklung. Das epistemische Band wäre mit einem Mal zum Reißen gespannt, denn der Staat als faktischer Souverän würde sich anmaßen, dem Volk als moralischem Souverän eine gesellschaftliche Wirklichkeit vorzugeben. Die radikale moderne Frage „Welche Wirklichkeit sollen wir errichten?“ würde mit einem Mal im Zentrum der Politik stehen, und das politische Paradox wäre schlagartig aktiviert. Ein solcher Schritt wäre zwar weder unmöglich noch illegitim – doch er würde den Staat in einen enormen Stress versetzen, der durch ein Festhalten am epistemischen Legitimitätsmodell leicht vermeidbar ist. Staatliche Akteure folgen somit einem einfachen, aber wirksamen Mechanismus: Solange sie nicht *gezwungen* sind, direkte Verantwortung für die Wirklichkeit zu übernehmen, lassen sie instinktiv die Finger davon.

Die Erhaltung des epistemischen Bandes zwischen Volk und Staat hat jedoch einen hohen Preis: Die politische Souveränität selbst, begriffen als Selbst-Ermächtigung der Gesellschaft, ihre Wirklichkeit frei zu bestimmen, wird aus taktischen Gründen zu einem erheblichen Teil an den Markt abgetreten. Entgegen den normativen Theorien liberaler Theoretiker geschieht dies weniger aus moralischen Erwägungen (etwa, um die Freiheit des Einzelnen vor dem Diktat des Volkswillens zu schützen), sondern vornehmlich aus Staatsräson: Nur so scheint eine stabile Demokratie in einer komplexen und bevölkerungsreichen Gesellschaft möglich zu sein. Für die Aussicht auf umfassende ökologische Nachhaltigkeit innerhalb der liberal-demokratischen Gesellschaftsarchitektur hat dieser Befund freilich verheerende Konsequenzen.

Oberstes Gebot, um das epistemische Band zu erhalten, ist die Gewährleistung einer *aktiven und produktiven* externen Wirklichkeitsquelle. Jeglicher Stillstand der Marktwirtschaft würde unweigerlich die Übernahme größerer Teile an transparenter Wirklichkeitskonstruktion durch den Staat bedeuten. Allein aus diesem Grund ist eine *Steady-State-Economy*, wie sie etwa von Herman Daly (1992) oder jüngst von Tim Jackson (2009) propagiert wurde, für die liberal-demokratische Gesellschaftsarchitektur ausgeschlossen: Zu viel staatliche Planung und transparente soziale Koordination wären vonnöten. Der Wachstumszwang moderner Gesellschaften liegt daher weniger in den Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Ökonomie selbst begründet als in der existenziellen Abhängigkeit liberaler Staaten von der unentwegten Produktion neuer, opak und extern generierter Fakten. Liberal-demokratische Staaten können es sich nicht leisten, Konsumgüter zu rationieren oder ein kontrolliertes Minuswachstum hinzunehmen, da dies weitgehende soziale Transparenz notwendig machen würde.

Der liberal-demokratische Staat ist also vorerst an eine zum Wachstum verdamnte Marktwirtschaft gefesselt. Experimente wie das auslaufende Kyoto-Protokoll zeigen, dass er

es nicht wagt, direkt in die Gesellschaftswirklichkeit einzugreifen, sondern stattdessen auf die Nutzung von Marktmechanismen setzt. Allen Hoffnungen auf eine zunehmende Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcen-Input durch technologischen Fortschritt zum Trotz (siehe von Weizsäcker et al. 1995; 2010) wird der liberal-demokratische Staat eine volle Ausschöpfung fossiler Energiequellen zulassen. Erst wenn es keine anderen Optionen gibt, wird er es wagen, radikale Schritte in der Umgestaltung der Wirtschaft vorzunehmen. Diese Prognose ergibt sich logisch aus seiner epistemischen Legitimität: Erst wenn die externe Realitätsquelle durch *äußere* Umstände erlischt (Rohstoffknappheit, ökologischer Kollaps), ist er in der Lage, auf diese nun ins Negative gekippte *äußere* Wirklichkeit konstruktiv, also durch aktive Umstrukturierungen der Reproduktionsmechanismen, zu reagieren. Was auch immer passiert, die Hauptsache für den modernen Staat ist, dass er auf eine Wirklichkeit *reagieren* kann, die ihm selbst äußerlich ist.

Die alarmierende Erkenntnis aus dieser Analyse ist, dass der liberal-demokratische Staat aus seiner Systemlogik heraus kein *endogenes* Interesse an der Lösung der ökologischen Krise haben *kann*. Hier zeigt sich erneut die Gespaltenheit des liberal-demokratischen Systems in eine *symbolische* Ebene, auf der es mittlerweile einen gesellschaftlichen Konsens zur Lösung der ökologischen Krise zu geben scheint, und eine systemisch-*reale* Ebene, die vollkommen autonomen und zum Teil gegenläufigen Imperativen gehorcht. Der Imperativ der epistemischen Legitimität *verbietet* es dem Staat, Autorenschaft für die Gesellschaftswirklichkeit zu übernehmen und die aus transparenter sozialer Koordination erwachsenden Legitimationsprobleme auf sich zu nehmen. Er wird seiner inneren Natur treu bleiben und die Gesellschaft zunächst in die Krise (oder gar den Kollaps) begleiten, um sodann eine neue Aufgabe in der Verwaltung eines möglichen Wiederaufbaus zu übernehmen.

Was folgt aus all dem für die zivilgesellschaftlichen Akteure der Umweltbewegung? Zunächst sollte klar sein, dass der liberal-demokratische Staat (in seiner heutigen Form) kein verlässlicher Partner für einen weit reichenden ökologischen Umbau der Ökonomie sein *kann*, da seine Akteure – aller Rhetorik zum Trotz – eher den gesellschaftlichen Kollaps riskieren werden als gegen die Systemlogik des epistemischen Legitimitätsverlusts zu handeln. Sie werden jedoch weiterhin jene Aspekte zivilgesellschaftlicher Kritik wohlwollend herausfiltern und in ihr Verwaltungshandeln inkorporieren, welche sich in das Paradigma der ökologischen Modernisierung übersetzen lassen. Selbstverständlich wird jede Anregung willkommen sein, die zu einer Stärkung der externen Wirklichkeitsquelle unter der Bedingung knapper werdender Ressourcen beiträgt. Diese Art „Allianz“ zwischen ökologischer Wissenschaft, zivilgesellschaftlicher Kritik und liberal-demokratischer Staatsräson wird weiterhin an Bedeutung gewinnen. Somit wird jene Achse, die heute gerne als „Governance“ beschrieben wird (vgl. Jänicke/Jürgens 2009), weiter ausgebaut werden: Der Staat wird eine aktive Einbindung jener zivilgesellschaftlicher Kräfte betreiben, die ihm helfen können, die externe Wirklichkeitsquelle, den Markt, „zukunftsfähig“ zu machen und nach Kräften zu stärken (Bulkeley/Mol 2003). Diese technologisch-administrative Ebene wird somit den Kern des ökologischen Diskurses schlechthin bilden, und nur jene zivilgesellschaftlichen Kräfte, die hier einen Beitrag leisten können, werden Zutritt zur Mitsprache und zu einem Quäntchen Macht erhalten.

Jener Teil zivilgesellschaftlicher Kritik, der sich hingegen nicht in das Paradigma der ökologischen Modernisierung integrieren lässt, jedwede radikale Kritik an Überkonsum und globalisierter Industrieproduktion – wiewohl von staatlichen Akteuren durchaus rhetorisch mitgetragen – wird vom liberal-demokratischen Staat weiterhin an das Individuum als „selbstverantwortlichem“ Akteur und Konsument in der opaken Sphäre des Marktes zurückverwiesen werden. „Politischer Konsum“ ist der Euphemismus für die Unmöglich-

UMSTEUERN AUSGESCHLOSSEN

Der Staat wird seiner inneren Natur treu bleiben und die Gesellschaft zunächst in die Krise (oder gar den Kollaps) begleiten, um sodann eine neue Aufgabe in der Verwaltung eines möglichen Wiederaufbaus zu übernehmen

keit, kollektive Entscheidungen über die Grundstrukturen gesellschaftlicher Produktionsmodi zu treffen (als Fürsprecherin dieser Tendenz siehe Micheletti 2003). Wer weniger oder ökologischer (oder sozialer) konsumieren will, soll dies privat tun, eine kollektive Entscheidung darüber in Form staatlicher Eingriffe ist aus den oben angeführten Gründen undenkbar. Der Staat fördert auch gerne die Entstehung entsprechender Marktnischen für eine zahlungskräftige Minderheit „ethischer“ Konsumenten und Konsumentinnen, und er unterstützt die Bildung und Kennzeichnung entsprechender Qualitätsstandards wie etwa jene des „biologischen Landbaus“ (Boström/Klintman 2008), doch all dies muss klar als eine Strategie verstanden werden, gesellschaftlichen Veränderungsdruck an die opake Sphäre der Wirklichkeitsproduktion (den Markt) zu delegieren und somit von der transparenten (staatlichen) Sphäre fernzuhalten. Es muss auch klar sein, dass solche Marktnischen die wirtschaftliche Gesamtdynamik lediglich um Nuancen verändern können – zu gering ist der Anreiz für das Individuum, seine politischen Überzeugungen konsequent in Marktverhalten zu übersetzen (vgl. Elster 1997). Ein staatliches Verbot der konventionellen zugunsten der biologischen Landwirtschaft etwa ist jedoch völlig undenkbar.

Diese liberal-staatliche Strategie einer doppelten Agenda, welche symbolisch die Notwendigkeit der „Nachhaltigkeit“ und des radikalen Wandels betont und systemisch-real an externer Wirklichkeitsproduktion festhält, wird vom Umweltsoziologen Ingolfur Blühdorn (2004, 2007) als „simulative Politik“ bezeichnet. Obwohl Umweltpolitik als ökologische Modernisierung durchaus mit Ernst und Eifer betrieben wird, bleibt sie meilenweit hinter dem zurück, was möglich wäre, wenn Staaten offen mehr Verantwortung für die Gesellschaftswirklichkeit übernehmen würden. Das Bekenntnis zu radikalem Wandel ist „simulativ“, da die wahre Agenda darin besteht, die externe Wirklichkeitsquelle buchstäblich um jeden Preis zu erhalten. „*Sustaining the unsustainable*“ nennt Blühdorn (2007) diese Strategie treffend.

Was bleibt, ist die Hoffnung, dass zivilgesellschaftliche Kräfte einen Prozess der tief greifenden Analyse neuer Handlungsmöglichkeiten und -strategien beginnen. Die Beteiligung an ökologischer Modernisierung und die Propagierung „politischen Konsums“ tragen hauptsächlich dazu bei, dass der liberale Staat seine epistemische Legitimität wahren kann und keine Verantwortung für die Gesellschaftswirklichkeit übernehmen muss. Diese Strategie kann sich leicht als fatal erweisen. Es könnte daher nötig werden, dass sich die Zivilgesellschaft der simulativen Politik des Staates die Gefolgschaft versagen und eine neue Rolle gesellschaftlicher Opposition und politischer Gegenmacht finden muss. In Ermangelung der Fähigkeit des Staates, radikalen Wandel einzuleiten, liegt es an der Zivilgesellschaft, die politische und gesellschaftliche Vorstellungskraft zu mobilisieren, um echte Alternativen zum derzeitigen Kurs denk- und greifbar zu machen. Eine Verweigerung der Partizipation an ökologischen „Governance“-Prozessen wäre ein erster Schritt, um die Simulationspolitik des liberalen Staates zu delegitimieren. Der Staat wäre so in größerem Maße gezwungen, Autorenschaft für die Wirklichkeit zu übernehmen.

Eine derartige Neuausrichtung zivilgesellschaftlicher Politik müsste jedoch notwendig mit der emanzipatorischen Forderung nach neuen demokratischen Entscheidungsmechanismen einhergehen. Da der moderne Staat strukturell an seine *reaktive* Rolle im Wirklichkeitsgefüge gefesselt ist, muss die (bisher machtlose) Öffentlichkeit selbst als Entscheidungssphäre auf den Plan treten und die Kompetenz erlangen, grundsätzliche Entscheidungen plebiszitär zu erwirken. Nur so kann Zivilgesellschaft eine gestaltende Rolle jenseits staatlicher Systemzwänge einnehmen. Der Staat hätte dann die Aufgabe, jene Entscheidungen, die von den Bürgern und Bürgerinnen in offenem Diskurs plebiszitär getroffen werden, gemäß seiner Rolle als Verwalter einer vorgegebenen Wirklichkeit zu exekutieren.

REAKTIVE POLITIK

Umweltpolitik bleibt meilenweit hinter dem zurück, was möglich wäre, wenn Staaten offen mehr Verantwortung für die Gesellschaftswirklichkeit übernehmen würden

Das epistemische Band wäre gewahrt und das politische Paradox weiterhin gebannt. Die Zivilgesellschaft könnte ihre neue Rolle darin finden, die Grenzen zwischen dem Möglichen und Unmöglichen auszutesten und zu verschieben. Während der Staat Politik notwendig als „die Kunst des Möglichen“ auffasst, muss es Aufgabe der Zivilgesellschaft sein, das Unmögliche zunächst denkbar zu machen und sodann mit Vehemenz als Möglichkeit einzufordern. Denn das Unmögliche ist lediglich das von der herrschenden Logik Ausgeschlossene.

AUTOR

DANIEL HAUSKNOST, Jg. 1975, Studium der Politikwissenschaft und Philosophie in Wien und Keele (GB); derzeit Dissertation an der Keele University (GB) und Koordinator des European Environmental Paper Network (EEPN); Schwerpunkte politische Transformations- und Handlungstheorien, Grenzen des Wandels in liberalen Demokratien.

E-Mail: daniel.hausknost@gmx.at

ANMERKUNGEN

- ¹ Im englischen Original: „economic and environmental goals can be integrated within a framework of industrial modernity“.
- ² Aus dem Englischen übersetzt von D.H.; Quelle: http://www.earthscan.co.uk/blog/post/Are-we-all-climate-deniers.aspx
- ³ Die US-amerikanische Regierung wird nicht von ungefähr „Administration“ genannt: Sie verwaltet und steuert eine Wirklichkeit, die ihr der Markt vorgibt.

LITERATUR

Baker, Susan (2007): Sustainable Development as Symbolic Commitment: Declaratory Politics and the Seductive Appeal of Ecological Modernisation in the European Union. In: *Environmental Politics* 16/2, pp. 297–317

Blühdorn, Ingolfur (2004): Post-ecologism and the politics of simulation. In: Wissenburg, Marcel / Levy, Yoram (Hg.): *Liberal Democracy and the Environment. The End of Environmentalism?* London (Routledge), pp. 35–47

Blühdorn, Ingolfur (2007): Sustaining the Unsustainable: Symbolic Politics and the Politics of Simulation. In: *Environmental Politics* 16/2, pp. 251–275

Boström, Magnus / Klintman, Mikael (2008): *Eco-Standards, Product Labelling and Green Consumerism.* Basingstoke (Palgrave Macmillan)

Bulkeley, Harriet / Mol, Arthur (2003): Participation and Environmental Governance: Consensus, Ambivalence and Debate. In: *Environmental Values* 12, pp. 143–154

Carson, Rachel (1962): *Silent Spring.* Boston (Penguin)

Daly, Herman E. (1992): *Steady-state economics.* London (Earthscan, 2th ed.)

Elster, Jon (1997): The Market and the Forum: Three Varieties of Political Theory. In: Bohman, James / Rehg, William (ed.): *Deliberative Democracy. Essays on Reason and Politics.* Cambridge, Massachusetts (MIT Press)

Enzensberger, Hans-Magnus (1974): A Critique of Political Ecology. In: *New Left Review* 84, pp. 3–31

Habermas, Jürgen (1990/1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit.* Frankfurt a.M. (Suhrkamp)

Hamilton, Clive (2010): *Requiem for a Species: Why We Resist the Truth about Climate Change.* London (Earthscan)

Hausknost, Daniel (2005): *Weg ist das Ziel: Zur Dekonstruktion der Ökologiebewegung.* Wien/Münster (LIT)

Hausknost, Daniel (2008): Rasender Stillstand: Die simulierte Nachhaltigkeitsrevolution. In: *Osteuropa*, Jg. 58, Heft 4–5, S. 9–19

Hayek, Friedrich A. (1993): ‘Social’ or ‘Distributive’ Justice. In: Ryan, Alan (ed.): *Justice.* Oxford (Oxford University Press), pp. 117–158

Hayek, Friedrich A. (2003): *Recht, Gesetz und Freiheit.* (Gesammelte Schriften in deutscher Sprache. Band 4), Tübingen (Mohr Siebeck)

Jackson, Tim (2009): *Prosperity Without Growth.* London (Earthscan)

Jänicke, Martin / Jörgens, Helge (2009): *New Approaches to Environmental Governance.* In: Arthur P.J. Mol / David A. Sonnenfeld / Gert Spaargaren (ed.): *The Ecological Modernisation Reader.* London (Routledge)

Lacan, Jacques (2006/1966): *Écrits.* New York (W. W. Norton & Company)

Lefort, Claude (1988): *Democracy and Political Theory.* Cambridge (Polity Press)

Lipset, Seymour Martin (1984): *Social Conflict, Legitimacy, and Democracy.* In: Connolly, William E. (ed.): *Legitimacy and the State.* Oxford (Basil Blackwell), pp. 88–103

Luhmann, Niklas (1996): *Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen.* Frankfurt a.M. (Suhrkamp)

Luhmann, Niklas (2004/1986): *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften, 4. Aufl.)

Meadows, Dennis L. (1972): *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit.* Stuttgart (DVA)

Micheletti, Michele (2003): *Political Virtue and Shopping.* Basingstoke (Palgrave Macmillan)

Mol, Arthur (1999): Ecological Modernization and the Environmental Transition of Europe: Between National Variations and Common Denominators. In: *Journal of Environmental Policy & Planning* 1, pp. 167–181

Mol, Arthur (2000): The environmental movement in an era of ecological modernisation. In: *Geoforum* 31, pp. 45–56

Ricoeur, Paul (1984): The Political Paradox. In: Connolly, William E. (Hg.): *Legitimacy and the State.* Oxford (Basil Blackwell), pp. 250–272

Saward, Michael (1992): *Co-optive Politics and State Legitimacy.* Aldershot (Dartmouth)

Weizsäcker, Ernst Ulrich von / Lovins, A.B. / Lovins L.H. (1995): *Faktor Vier: Doppelter Wohlstand – halbiertes Verbrauch.* München (Droemer&Knaur)

Weizsäcker, Ernst Ulrich von / Hargroves, K. / Smith, M. (2010): *Faktor Fünf: Die Formel für nachhaltiges Wachstum.* München (Droemer&Knaur)

Tragödie, abgesetzt

Warum der demokratische Spielplan eine Neufassung der „Tragik der Allmende“ braucht

Silke Helfrich

Die von Garrett Hardin geprägte Metapher der „Tragik der Allmende“ prägte lange Jahre die Auseinandersetzung mit den Commons (Gemeingütern). Doch die Hardinsche These lässt sich mit Blick auf die Tragik der aktuellen Eigentumsordnung dekonstruieren: Die „Tragik der Allmende“ ist eine „Tragik des Niemandlands“. Gemeingüter aber sind kein Niemandland, sondern gemeinschaftlich getragene Ressourcenmanagementstrategien. Der wichtigste wissenschaftliche Beitrag stammt von der Wirtschaftsno-belpreisträgerin Elinor Ostrom. Ihre „Design Principles“ für Gemeingüter werden hier ebenso dargestellt wie die moderne Diskussion um die Wissensallmende. All dies verdeutlicht die Essenz der Gemeingüter: die radikale Demokratisierung in Zugang und Nutzung kollektiver Ressourcen.

Schlüsselwörter: Commons, Gemeingüter, Tragik der Allmende, kollektive Ressourcen

Die Welt ist großes Theater. Ob Tragödien oder Komödien auf dem Spielplan stehen, wird täglich neu entschieden. In der Tragödie, als Sonderform des Dramas, ist das Scheitern der Helden unausweichlich. Das Schicksal scheint vorbestimmt, die Protagonisten zwischen Extremen gefangen. Ihre Situation präsentiert sich binär: null oder eins. Schwarz oder Weiß. Tod oder Leben. Ein ähnliches Muster offenbaren die Auseinandersetzungen, die in den letzten Jahrzehnten das Nachdenken über unsere Formen des Wirtschaftens und Zusammenlebens geprägt haben. Staat oder Markt. Privat oder öffentlich. Kooperation oder Konkurrenz. Entweder, oder. „Alles Tragische beruht auf einem unausgleichbaren Gegensatz“, formuliert Johann Wolfgang von Goethe. Erfreulicherweise ist das Leben vielschichtiger.

Die Situation der tragischen Helden verschlechtert sich in dem Maße, wie die Katastrophe Raum greift. Statt einer Lösung zeichnen sich oft nur zwei Möglichkeiten ab: Flucht oder Untergang. Man fühlt sich unweigerlich an den Sommer 2010 erinnert, als gigantische Waldflächen Russlands abbrannten, während zugleich in einem Fünftel der Fläche Pakistans den Menschen das Wasser bis zum Halse stand. Der Kern der klassischen Tragödie ist zudem ohne die Hybris des tragischen Helden nicht erfassbar. Das griechische Verb *ybrizein* meine bei Homer „zügellos werden“ oder „sich austoben“, so der Philosoph Walter Kaufmann (1980, S. 74). Es bedarf demnach eines schmalen Menschenbilds für den tragischen Plot.